

In den vierzig Jahren seit dem historischen Datum des 22. Juni 1948 wurden die Karten zwischen den entwickelten kapitalistischen Ländern völlig neu gemischt. Die Verlierer des Zweiten Weltkrieges – Japan und die BRD – zählen zu den überragenden Gewinnern des »langen Weltmarktaufschwungs« nach dem Zweiten Weltkrieg. Und: beide bereiten sich auf Größeres vor. Die BRD bemüht sich um Ausbau und Festigung eines regionalen hegemonialen Blocks in Westeuropa, um so in der Konkurrenz mit den beiden großen ökonomischen Machtblöcken bestehen zu können. Am Anfang stand die »Gnade des von den Amerikanern geschenkten Geldes«, bevor diese Gnade noch mit der »geschenkten Nation« geweiht wurde. 40 Jahre später ist eine mittlere Hegemonialmacht mit diesem Geld dabei, wenn nicht die Welt so doch West-Europa unter ihr Regime zu bringen.

Literatur

Auch wenn auf direkte Literaturbezüge im Text verzichtet wurde, basieren die Ausführungen natürlich auf Materialien, aus deren Fülle eine Auswahl im Folgenden vorgestellt wird:

- Abelshäuser, W. (1983): *Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980*, Frankfurt
- Altvater, E./Hoffmann, J./Semmler, W. (1979): *Vom Wirtschaftswunder zur Wirtschaftskrise. Ökonomie und Politik in der Bundesrepublik*, Berlin.
- Altvater, E./Hübner, K./Stanger, M. (1983): *Alternative Wirtschaftspolitik jenseits des Keynesianismus*, Opladen
- Deutsche Bundesbank (Hrsg.) (1976): *Währung und Wirtschaft in Deutschland, 1876-1975*, Frankfurt
- Glastetter, W./Paulert, R./Spörel, U. (1983): *Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik 1950-1980*, Frankfurt
- Herr, H./Westphal, A. (1988): *Europäisches Währungssystem: DM-Club oder demokratisches Westeuropa*, in: WSI-Mitteilungen, Heft 7
- Lutz, B. (1984): *Der kurze Traum immerwährender Prosperität*, Frankfurt
- Möller, H. (1961): *Zur Vorgeschichte der Deutschen Mark. Die Währungsreformpläne 1945-1948*, Tübingen

Ute Schmidt Der restaurierte Pragmatismus Zur Neuformierung des deutschen Bürgertums nach 1945

Zusammenfassung: *Ute Schmidt analysiert die wichtigsten Traditionslinien und Parteikonzepte, die 1945 bei der Bildung der interkonfessionellen, bürgerlichen Massen- und Integrationspartei CDU/CSU eine Rolle spielten. Innerparteiliche Kräfteverhältnisse, Argumentationsrichtung und Tonlage in den gegenwärtigen Fraktionskämpfen der Union – etwa um die Modernisierung der Partei oder über neue Wahlstrategien – sind oft nur vor diesem parteihistorischen Hintergrund verständlich. Heute stellt sich die CDU/CSU gegenüber ihren politischen Gegnern als eine auf der Basis eines kohärenten christlichen Menschen- und Weltbildes integrierte "Volkspartei der Mitte" dar und nimmt auch die Tradition des christlich konservativen Widerstandes für sich in Anspruch. Charakteristisch für dieses Selbstbild ist jedoch, daß sämtliche Brüche, innerparteiliche Fronten und Ausgrenzungen ausgespart werden.*

Menschenbilder und Neuorientierungen

Fast triumphierend wies der Generalsekretär der CDU, Heiner Geißler, in seiner Rede am 14. Juni 1988 auf dem 36. Bundesparteitag in Wiesbaden darauf hin, daß sich die Union im Gegensatz zur SPD auf ein geschlossenes Weltbild berufen könne. Gerade heute, angesichts der wachsenden ökonomischen, ökologischen und ethischen Probleme und der Krise des Fortschrittsdenkens brauche eine erfolgreiche und zukunftsorientierte Partei ein verbindliches sozialphilosophisch fundiertes Konzept als Orientierungsmaßstab. Für die Union sei dies das christliche Menschenbild, das trotz des rapiden Wertewandels in einer sich säkularisierenden Welt noch Signal, Hoffnung und Maßstab für eine zukunftsfähige Politik bieten könne. Dieser – vom katholischen Naturrechtsverständnis abgeleitete – religiös-ethische Entwurf stützt nicht nur einen anthropologischen Optimismus; der Bezug auf eine quasi objektive, außerhalb des Menschen stehende Größe (gemeint ist Gott) ist für die aus der christlich-sozialen Tradition stammenden Parteiideologen auch die einzige Gewähr dafür, daß der Mensch sich nicht selbst zum Maßstab aller Dinge erklärt. Erhard Eppler und die SPD hätten »in ihrem Irseer Programmentwurf einfach unrecht, wenn sie sagen, eine Partei könne und dürfe kein verbindliches Menschenbild haben, dies sei Privatsache... Wer ein verbindliches Menschenbild zur Privatsache erklärt und es als Voraussetzung für Politik ablehnt, nimmt jeder Gesellschaft und jedem Staat die Orientierung an der Würde des Menschen und seinen Rechten. Wer das Menschenbild zur Privatsache erklärt, macht den Menschen verfügbar und stürzt die Gesellschaft und den Staat in den Nihilismus der Willkür und Beliebigkeit.«¹

In diesen Formulierungen schlägt nicht nur ein Mißtrauen gegen Individualismus,

Liberalismus und Pluralismus in den westlichen, liberal-kapitalistischen Gesellschaften durch, das in der katholischen Soziallehre Tradition hat. Erhard Eppler und dem SPD-Programmwurf wird zudem unterstellt, für sie seien Menschenbilder und Menschenwürde beliebig begründbar. Tatsächlich beruft sich die SPD seit Irsee, anders als noch in Bad Godesberg, erstmals wieder auf die pluralen Traditionen in der Arbeiterbewegung, und die Menschenwürde hat zentralen Stellenwert:

»Der demokratische Sozialismus in Europa hat seine geistigen Wurzeln in humanistischer Philosophie und im Christentum, in Marxscher Geschichts- und Gesellschaftslehre und in den Erfahrungen der Arbeiterbewegung. Wodurch auch immer Sozialdemokraten zu ihrem politischen Engagement motiviert werden, sie haben alle dasselbe Recht auf ihre Überzeugung, nicht weil uns die Motivation des Einzelnen gleichgültig wäre, sondern weil persönliche Grundüberzeugungen und Glaubenshaltungen allen Parteibeschlüssen vorzugehen und keinem unterworfen sind. Wir haben daher auch nicht alle dasselbe Verständnis vom Menschen, seiner Bestimmung und dem Sinn seines Lebens. Wie auch immer wir die Würde des Menschen begründen, gemeinsam sind wir überzeugt, daß sie Ausgang- und Zielpunkt unseres Handelns sein muß. Gemeinsam verstehen wir den Menschen als Natur-, Individual- und Gesellschaftswesen, das als Teil der Natur nur in und mit der Natur leben, als Gesellschaftswesen seine Individualität, Einmaligkeit und Besonderheit nur in Gemeinschaft mit seinen Mitmenschen entfalten kann. Der Mensch ist weder zum Guten, noch zum Bösen festgelegt. Weil er lernfähig und vernunftfähig ist, wird Demokratie möglich...«²

Demonstrationen selbstgewisser Zuversicht und polemische Schwenks gegen den politischen Gegner stärken den Zusammenhalt der Delegierten und haben in Parteitagreden überdies einen gewissen Unterhaltungswert: sie waren gerade auch bei diesem Parteitag, den die CDU in der bisher »tiefsten Krise ihrer Geschichte«³ veranstaltete, angesagt. Heiner Geißler und die Modernisierer im Konrad-Adenauer-Haus wissen freilich wohl, daß die Pluralisierung der Lebensstile und die Säkularisierung der Weltbilder unumkehrbare gesellschaftliche Entwicklungstendenzen signalisieren, die auch die Aktionsbedingungen und Rekrutierungsmuster der Union gravierend verändert haben. Um ihre Mehrheitsfähigkeit zu erhalten, bemüht sich die Unionsführung daher um eine Öffnung der Partei, was aber für größere Teile der Parteibasis nicht leicht nachzuvollziehen ist. Längst klappt der in den fünfziger und frühen sechziger Jahren noch reibungslose Übergang von der katholischen Jugend zur Jungen Union nicht mehr, immer häufiger treten katholische Ex-Jugendfunktionäre gleich zu den Grünen über, ohne noch bei den Jungsozialisten Zwischenstation zu machen. Schon lange kann die Parteiführung nicht mehr auf ein fast unbegrenztes Reservoir von ehrenamtlichen Helfern insbesondere aus der katholischen Arbeiterbewegung zurückgreifen; die Identifikation der katholischen Arbeiter mit dem DGB ist gewachsen, und die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung Kohl stößt auch hier auf größere Vorbehalte. Um die verkrusteten Parteistrukturen (z.B. gibt es in einem Landesverband ca. 200 Ortsparteien, in denen keine Frau Mitglied ist) aufzubrechen, bedient sich die Parteiführung einerseits moderner Werbe- und Kommunikationstechniken, andererseits versucht sie, die lokalen Parteistrukturen an den Honoratioren-Stammtischen vorbei durch eine bürgernähere und diskussionsbereite Politik zu erneuern. Ob es den Modernisierern gelingen wird, das Parteileben der Union besonders auch für die junge Generation attraktiver zu gestalten, ist gegenwärtig durchaus offen. So haben gerade jüngere CDU-Aktivisten auf dem Wiesbadener Parteitag

das für sie und für ihre Altersgenossen schwer erträgliche innerparteiliche Klima, die Abschottungstendenzen der Honoratioren und die gängigen Karrieremuster attackiert. (Einige von ihnen bezeichneten die Rituale und Regie des Parteitags geradezu als eine Art »Kulturschock«.)

Die in der Linken seit einigen Jahren viel diskutierte These von der »Modernisierung« der CDU auf der einen und die emphatische Verwendung des Volksparteien-Begriffs auf der anderen Seite⁴ lenken den Blick von Politikern wie Sozialwissenschaftlern häufig von den Schwierigkeiten ab, die es der Union noch immer bereitet, durch unterschiedliche ökonomische Interessen, politische Traditionsstränge und generationsprägende Erfahrungen bedingte innerparteiliche Konflikte zu vermitteln und darüber hinaus schlüssige politische Konzeptionen zu entwickeln und umzusetzen. Gerade in den letzten Jahren seit der »Wende« haben sich aber gravierende Reibungsverluste in der Union bzw. in dem »neuen hegemonialen Block der Rechten«⁵ gezeigt, die auch die Grenzen dieser Modernisierungsstrategie deutlich machen:

- Das Regierungslager umfaßt christlich-soziale, national-konservative, rechtspopulistische Richtungen; es repräsentiert ein breites Spektrum bürgerlich-mittelständischer Schichten, Bauern und Kleingewerbetreibende, aber auch wirtschaftsliberale und technokratisch-modernistische Gruppierungen, deren Vorstellungen kaum homogenisierbar sind. Am rechten Rand drohen christlich-fundamentalistische, rechtskonservative und autoritär-ressentimentgeladene Gruppen abzubröckeln.
- Spezifische Interessenlagen und Profilierungszwänge führten dazu, daß sich einzelne »Landesfürsten« von der Bundesregierung abzukoppeln begannen (Späths Wahlkampf in Baden-Württemberg, Albrecht-Initiative im Bundesrat).
- Innerhalb der Unionsparteien sind vielschichtige Entfremdungsprozesse sichtbar geworden: Die Partei will nicht bloß Akklamationsorgan für eine Regierungspolitik sein, in der sie ihre in der Oppositionszeit genährten Erwartungen und Überzeugungen nicht ausreichend bestätigt sieht und die sie nach außen nur schwer »verkaufen« kann. Hauptamtliche Funktionäre beklagen Tempo und Methoden des Modernisierungsprozesses, Stammwähler fürchten, daß die politisch-programmatische Neuorientierung über ihre Köpfe hinweggeht. Die Beziehungen zwischen der Partei und dem vopolitischen Raum (vor allem den Kirchen, Bürgerinitiativen, Jugendorganisationen) müssen reaktiviert werden. Nachdem das Debakel um die Steuerreform abgeschlossen ist, müssen sich nun auch bei den noch für diese Legislaturperiode geplanten Vorhaben (Reform der Gesundheits- und Rentensysteme) die Gewichte zwischen den Vertretern der Wirtschafts- und Mittelstandsinteressen und den Sozialpolitikern in der Union wieder neu einpendeln.

Im folgenden versuche ich, in einem Rückblick auf die Vor- und Frühgeschichte der CDU/CSU, sozusagen in einer Archäologie der Unionsidee, herauszuarbeiten, inwiefern diese Gemengelage historisch bedingte und strukturell verfestigte Ursachen hat. Dabei soll vor allem darauf geachtet werden, wie sich die innerparteilichen Macht-konstellationen insbesondere zwischen den christlich-sozialen oder linken Kräften

und den bürgerlichen Interessen herausgebildet haben; ihr spezifischer Charakter verweist aber auch auf Traditionslinien, die älter sind als die Union und die im Kontext der krisenhaften Entwicklung der Demokratie und der Formierung des bürgerlichen Lagers in Deutschland zu sehen sind.

Volkspartei oder Bürgerblock

Gerade die politisch-ideologische Bandbreite war ein wichtiges Element im Erfolgskonzept der Union gewesen, in der sich 1945 um einige Initiativgruppen aus dem Zentrums milieu bürgerliche Politiker aus dem Mitte-Rechts-Spektrum des Weimarer Parteiensystems unter dem Primat der Stimmenmaximierung zusammenschlossen. Sie kamen von den »Volkskonservativen« bzw. vom Christlich-Sozialen Volksdienst, einer Abspaltung der zunehmend unter Hugenburgs Einfluß geratenen Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), die in der Endphase der Weimarer Republik Brüning's Außen-, Innen- und Reparationspolitik bis zu seinem Sturz 1932 durch den »Ephialtes« Franz von Papen gestützt hatte. Hinzu kamen Rechtsliberale (DVP) und Demokraten (DDP) sowie Konservative aus kleineren Gruppierungen oder ohne Parteibindung. Auch sozialökonomisch repräsentierte die Union ein breites Spektrum. Wegen dieser Heterogenität ist die Partei in ihrer Frühphase auch als »Flickenteppich« politischer, regionalspezifisch überformter Traditionen oder als »Dachverband verschiedener Milieus« bezeichnet worden.⁶ Die Integrationsprobleme, die sich daraus ergaben, zeigen sich z.B. darin, daß die CDU erst acht Jahre nach ihrer Gründung auf lokaler und regionaler Ebene ein für die Bundespartei verbindliches Programm erhielt. Die Bundesorganisation wurde erst 1950 geschaffen.

Nach mehreren gescheiterten Versuchen zur Bildung einer interkonfessionell-christlichen Partei war es erstmals in der deutschen Parteiengeschichte gelungen, divergierende Strömungen des bisher zersplitterten bürgerlichen Lagers zusammenzufassen, das konfessionelle Schisma aufzuheben und parteiorganisatorische Voraussetzungen für eine modernisierte, bürgerlich-konservative Interessenvertretung im Deutschland nach Hitler zu schaffen. Die Absicht, alle politischen Kräfte rechts von der Sozialdemokratie zu sammeln, ließ sich indessen nicht ganz verwirklichen: eine liberale Partei, in der sich Anhänger beider Richtungen des politischen Liberalismus – des progressiv-demokratischen und des wirtschaftsorientierten, nationalen Flügels – wiederfanden, konstituierte sich ebenfalls neu, weil sich ihre Protagonisten nicht auf den christlichen Parteina men festlegen wollten.

In den Köpfen vieler Zentrumsaktivisten war der Wunsch, aus der Enge ihres konfessionell-katholischen Bollwerks auszubrechen, schon seit langem vorgeprägt. Daß er parteipolitische Realität werden konnte, hatte freilich einige wesentliche innere und äußere Voraussetzungen, die hier nur kurz angedeutet werden können. So waren die bürgerlichen Parteien wegen ihres Verhaltens gegenüber dem aufsteigenden Nationalsozialismus – es reichte von Hilflosigkeit über Anpassung (Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933) bis zur Kollaboration der alten Eliten mit den Nationalsozia-

listen – moralisch diskreditiert. Auch der politische Katholizismus befand sich wegen des vom Vatikan mit dem NS-Regime 1933 abgeschlossenen Reichskonkordats in einer – damals verdrängten und erst in den sechziger Jahren offen thematisierten – Legitimationskrise. Anders als 1918, als die katholischen Bischöfe eine Neuformierung und Reformierung der Zentrumspartei kategorisch ablehnten, hielt sich der Episkopat 1945 in der Parteifrage zunächst zurück. Viele Kleriker unterstützten aber, insbesondere in Bayern, massiv die Unionsparteien und gaben damit zu erkennen, daß sie den Entpolitisierungsartikel 32 des Reichskonkordats nicht als verbindlich ansahen.⁷

»Asien« stand an der Elbe⁸, und angesichts dieser machtpolitischen Verschiebung in Mitteleuropa befürchteten bürgerliche Kreise ein weiteres Vordringen des Kommunismus oder doch zumindest eine potentielle Rückendeckung für sozialistische und kommunistische Strömungen. Wenngleich die reale Stärke und die Attraktivität der Linksparteien in dem von Not und gesellschaftlicher Desorganisation gezeichneten Nachkriegsdeutschland weit überschätzt wurden, so beförderte dieses Argument doch immerhin die Bereitschaft, ein möglichst starkes gemäßigt-konservatives Gegengewicht zu bilden und parteiegoistische Motive zurückzustellen. Vor allem Adenauer hat die Notwendigkeit einer bürgerlichen Sammlung in vielen Briefen immer wieder beschworen, als ginge es um Leben oder Tod. Ihm ging es darum, die christlichen Kräfte gegen die »achristlichen Parteien« zu sammeln, weil »lediglich dadurch ein starker Widerstand gegen die Staatsform und Ideenwelt des Ostens – Rußland – und ein gedankenmäßiger und kultureller und damit auch ein außenpolitischer Anschluß an West-Europa gesichert werden kann«.⁹ Es war ein für die Zukunft entscheidender, großer weltanschaulicher Kampf, der sich in Deutschland »zwischen den Marxisten der verschiedenen Schattierungen auf der einen Seite und den auf dem Boden des Christentums Stehenden auf der anderen Seite« abspielte und in dem »die Letzteren die Oberhand gewinnen« müßten.¹⁰

Zum Erfolg der bürgerlichen Sammlung trug nicht zuletzt die Lizenzierungspolitik der Westalliierten bei, die die Formierung einiger großer Parteien mit antinationalsozialistischer und sozialintegrationistischer Zielsetzung favorisierten; das temporäre Verbot überregionaler Organisationen von Parteien und Gewerkschaften bremste überdies den organisatorischen Vorsprung der Linksparteien und ermöglichte dem Bürgertum eine Phase der Umorientierung. Die NSDAP war verboten, und so verbreiterte sich die potentielle Wählerbasis der Union auch um die Anhänger extrem rechts orientierter Gruppen, die sich unter anderen Bedingungen nur schwer in eine Mitte-Rechts-Sammlung hätten einbinden lassen.

Sammlung oder Säuberung?

Für die »christlichen Demokraten der ersten Stunde« (Leo Schwering, Jakob Kaiser, Karl Arnold, Wilhelm Elfes u.a.), die aus dem Umkreis der Christlichen Gewerkschaften kamen oder wie Andreas Hermes über Widerstandskreise mit ihnen Kontakt gehabt hatten, galt Adam Stegerwald als »Vater der CDU«. Insofern lohnt es sich,

einen Blick auf seine bündnispolitische Konzeption zu werfen und zu fragen, was 1945 davon übrigblieb. Der christliche Gewerkschaftsführer (er war seit 1903 Generalsekretär des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften; 1919 Vorsitzender des Christlichen Gewerkschaftsbundes (DGB), in dem sich nach der Novemberrevolution die bewußt antisozialistischen und antirevolutionären Arbeiter sammelten) hatte nach dem 1. Weltkrieg in einer Zeit der gesellschaftlichen und politischen Umbrüche, in der auch über eine Parteireform des Zentrums diskutiert wurde, mit seiner Rede auf dem 10. Kongreß der Christlichen Gewerkschaften am 21. November 1920 in Essen den wohl bekanntesten Vorstoß unternommen, eine neue, vom Zentrum losgelöste, christlich-konservativ-ständische Volkspartei zu bilden. Stegerwalds Konzept war primär auf die christlich-nationalen Gewerkschaften zugeschnitten; es sollte einen einheitlichen parteipolitischen Bezugspunkt für ihre Anhänger schaffen, die sich auf die verschiedenen Mitte-Rechts-Parteien des Weimarer Parteienspektrums verteilten. Darüber hinaus sollte die nichtsozialistische Arbeiterbewegung mit den Sozial- und Berufsgruppen, aus denen sich die Mittelschichten speisten, und konservativen Intellektuellen auf politischer Ebene integriert werden, wovon man sich wiederum positive Rückwirkungen auf den Zusammenhalt der nichtsozialistischen Gewerkschaftsbünde versprach. Strategisches Ziel der geplanten Parteienneubildung war es, einen Gegenpol zur Mehrheitssozialdemokratie zu schaffen, auf die man bei der Bildung künftiger Regierungskoalitionen nicht mehr angewiesen sein wollte, da sie nur zu leicht von ihrer linken Wählerbasis unter Druck gesetzt werden könne.¹¹

»Man kann nicht darauf warten, bis sich die positiven Kräfte in der Mehrheitssozialdemokratie durchgesetzt haben. Auf der unsicheren Basis der bisherigen Koalitionen sind die Aufgaben der Reichspolitik unter dem Bleigewicht des Versailler Diktats nicht zu bewältigen, eine gemäßigte Partei ist notwendig, mindestens so stark wie die sozialdemokratische, 'auf der Grundlage positiver christlicher Gesinnung'... Sie müßte deutsch, christlich, demokratisch und sozial sein.«¹² Brünnings Ziel war es, die Deutschnationale Volkspartei zu spalten und dann größere Massen aus der Mehrheitssozialdemokratie herauszubrechen. Durch die Bildung einer großen christlich-nationalen Mittelpartei sollte die extreme nationalistische und sozialreaktionäre Rechte, der man die »Pflege des nationalen Gedankens« nicht überlassen wollte, isoliert werden.

Mit dem in Essen euphorisch bejubelten (übrigens nicht diskutierten) Programm identifizierten sich insbesondere, wie Emil Ritter berichtet, die christlich-konservativen, »organisch-volksstaatlich« denkenden rechtsgerichteten Zentrumskreise. Die angezielten protestantischen Konservativen zeigten sich hingegen nur wenig beeindruckt und hielten offensichtlich nichts davon, ihre parteipolitische Existenz zugunsten eines solchen Experiments aufs Spiel zu setzen. Es verwundert nicht, daß sich der linke Zentrumsflügel um Matthias Erzberger und Joseph Wirth den Neuformierungsplänen widersetzte, denn ihnen war klar, daß die Verwirklichung des Sammlungskonzeptes einen Todesstoß für das Linkszentrum bedeutet hätte. Stegerwald war einer der erbitterten Feinde Erzbergers und unternahm alles, um dessen politisches Come-Back

zu verhindern. In der Auseinandersetzung um die Neuformierung erhielten die Linksrepublikaner Unterstützung von der Führung des Westdeutschen Verbandes der katholischen Arbeiter- und Knappenvereine, die sich im Unterschied zu den von nationalem Pathos und antiparlamentarischen Ressentiments erfüllten christlichen Gewerkschaftlern stärker mit einem republikanisch-demokratischen Kurs identifizierte. Hier fürchtete man, eine parteipolitische Verbindung mit der nationalen Rechten werde nicht nur der sozialen Reaktion Vorschub leisten, sondern sei auch wegen der voraussehbaren tiefgreifenden Differenzen über Verfassungsfragen und die Staatsform nicht lebensfähig. Auch andere Vorschläge zur »Vereinfachung des Parteiwesens« mit eher arbeitgemeinschaftlichem Charakter, die sich nicht als Bürgerblock definieren wollten, wurden nicht akzeptiert.

Das Scheitern der Essener Sammlungspläne ist im Nachhinein als ein Symptom für die Integrationsschwäche des Weimarer Parteiensystems bezeichnet worden. Es sei, so Rudolf Morsey, nur ein Modell geblieben für spätere, konservative Bestrebungen zur Umgestaltung des deutschen Parteienwesens.¹³ Die »Mitte« blieb in der Minderheit, nicht zuletzt deshalb, weil sich das Zentrum an seine traditionelle Existenzform geklammert und eine Konzentration im Parteiengefüge blockiert habe. Der Zerfall der Mitte und die Radikalisierung der extremen Flügel hätten aber den Untergang der Weimarer Republik mit herbeigeführt. Vor dem Hintergrund dieser Frage, ob und wodurch der Aufstieg des Dritten Reiches womöglich hätte verhindert werden können, ist das Bedauern darüber, daß Essen scheiterte, verständlich. Auf der anderen Seite ist klar, daß das Ideal der Essener Parteistrategen ein »organisch« bzw. berufsständisch gegliederter, antiliberal-autoritärer Rechtsstaat gewesen war. Stegerwald hatte in Essen seine Vorbehalte gegen die parlamentarische Demokratie deutlich ausgesprochen. Der »christliche Staat«, den er forderte, weil er allein echte Autorität verbürgen könne, wäre freilich in der säkularen Weimarer Republik kaum konsensfähig gewesen. Die strittige Frage Monarchie oder Republik wurde ausgeklammert – nur zu schwer hatten sich viele christlichen Gewerkschaftler mit dem Sturz der Monarchie abfinden können. Stegerwald wandte sich gegen einen Demokratiebegriff, der sich aus dem rationalistischen Denken der Aufklärung herleitete und stellte die Weimarer Verfassung als »Notverfassung« indirekt zur Disposition, indem er eine der deutschen Rechtsanschauung eher entsprechende Verfassung forderte.¹⁴

Hier lag der Konflikt mit den Linksrepublikanern im Zentrum begründet, die sich über die Strukturkrise des Zentrums durchaus im Klaren waren. Ihrer Meinung nach hatte die Zentrumspartei ihre Funktion als konfessionell-katholische Interessenvertretung, die sie noch in den Kulturkampffahren und im Kaiserreich stabilisiert hatte, verloren. Als echte Parlamentspartei, zu der sie in der Weimarer Republik geworden war, mußte sie nun ein auf die Gesamtgesellschaft bezogenes *politisches* Programm entwickeln. Anstatt aber die Möglichkeiten, die die Weimarer Republik den Parteien eröffnete, zu nutzen, definierte sich das Zentrum ganz neutral als »Verfassungspartei« und versuchte damit, den Konflikten über die Staatsform und die demokratische Struktur der Gesellschaft, die die Weimarer Republik zerklüfteten, aus dem Weg zu gehen. Mit Josef Wirth drängte die kleine Gruppe der Linksrepublikaner darauf, die Verfassung

mit Leben zu erfüllen. Sie suchte daher eine Zusammenarbeit mit den gesellschaftspolitischen Kräften, die ihrer Meinung nach zuverlässige Republikaner und Demokraten waren, mit der Arbeiterschaft und dem *citoyen*-Bürgertum. Wirth sah die Republik von *rechts* bedroht und glaubte, daß zur ihrer Verteidigung ein Bündnis des Zentrums, das sich *politisch*, d.h. linksrepublikanisch und demokratisch, definieren müsse, mit den genuin demokratischen Kräften in der Weimarer Gesellschaft notwendig sei. Die Polarisierung innerhalb der Zentrumspartei, wie sie etwa bei der Reichspräsidentenwahl 1925 zutage trat, zeigte, daß das Zentrum, trotz seines Selbstverständnisses als Mittelpartei, *soziologisch* doch nie eine Partei der Mitte war, d.h. also eine Organisation, deren soziale Basis ihren Schwerpunkt zwischen den gesellschaftlichen Polen gehabt hätte und die deshalb in der Lage gewesen wäre, sich je nach den Interessen ihrer Wähler und den historischen Bedingungen nach links oder rechts zu orientieren. Es war vielmehr eine Partei mit einer weltanschaulich gebundenen Anhängerschaft aus allen sozialen Schichten, deren kulturpolitische Interessen inzwischen weitgehend befriedigt waren und in der nun die politischen Gegensätze und sozioökonomischen Interessen aufbrachen. Josef Wirth warb daher – gerade auch gegen Adam Stegerwald – leidenschaftlich dafür, das Problem der Demokratie und des Parlamentarismus auch in den eigenen Reihen auszukämpfen.

Die Notwendigkeit, eine neue politische Identität zu gewinnen und dem Desintegrationsprozeß des Zentrums entgegenzutreten, ist am Ende der Weimarer Republik nur von kleinen Gruppen erkannt worden. Die Mehrheit der Parteianhänger setzte auf die traditionellen Integrationsmechanismen der weltanschaulich-klerikalen Klammer. Dieser Versuch ist bekanntlich – die Ereignisse des Jahres 1933 zeigen es – gescheitert; das Zentrum konnte weder die demokratische Republik verteidigen noch seine politische Autonomie gegenüber Kirche und Vatikan behaupten.

Es kennzeichnet die Diskussionen über die Neugründung der Union im Jahre 1945, daß die Konflikte, die die Weimarer Republik, auch das katholische Lager, zerklüftet hatten, nicht zur Sprache kamen. Man warf den Ballast der Vergangenheit ab, griff die Sammlungsparole Stegerwalds auf, ohne sein Demokratieverständnis zur problematisieren; ja, im Rückblick verklärte sich das unter der Hand von Deutschtümelei und Nationalismus gereinigte Konzept als nach wie vor geeignete und in der historischen Stunde des Neubeginns endlich verfügbare Basis für einen Zusammenschluß der nicht-sozialistischen, traditionell demokratischen, christlichen Kräfte, die einander durch die nationalsozialistische Verfolgung näher gekommen seien. Nationalistische und völkische Integrationsideologien, monarchistische und sozialreaktionäre Auffassungen waren nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes nicht mehr gefragt. So bot sich die »christliche Demokratie« als ideeller Bezugspunkt auch für jene Gruppierungen an, die sich den Implikationen der politischen und sozialen Demokratie bisher weitgehend verschlossen hatten; sie nahmen das demokratische Prinzip nunmehr für sich in Anspruch, lösten es aber aus seinem historisch-politischen Kontext heraus und definierten es zur Abwehr gegen alle politischen und geistigen Strömungen, die sie als unchristlich bezeichneten, um. Dieses ideologische Demokratiekon-

zept macht Veränderung *und* Kontinuität deutlich: Es ermöglichte eine Abgrenzung sowohl vom Nationalsozialismus als auch vom Sozialismus und eignete sich insofern für einen politisch-programmatischen Neubeginn des Bürgertums nach 1945. Andererseits knüpfte es an einen im Zentrumslager und bei den Christlichen Gewerkschaften lange üblichen und bis zu Bischof Ketteler und Ludwig Windthorst zurückführbaren politischen Sprachgebrauch an: Bereits im »Zentrumsstreit« (Julius Bachems Parole »Heraus aus dem Turm«, 1906) erhielt die »christliche Weltanschauung« einen zentralen Stellenwert als politischer Kampfbegriff des katholischen und protestantischen Bürgertums gegen die erstarkende Sozialdemokratie. Für die Christlichen Gewerkschaften funktionierte sie schon vor dem Ersten Weltkrieg – synonym gebraucht für nichtsozialistisch – als Legitimationsgrundlage für die separate Existenz neben den Freien Gewerkschaften und sicherte ihnen zugleich eine gewisse Distanz zu den integralistisch-klerikalen Bevormundungsversuchen. Unschärf bleibt auch die Definition der »christlichen Demokratie« in der päpstlichen Enzyklika »Graves de communi« (1901). Dort wird der politische Sinn herausgefiltert und christliche Demokratie schlicht als »Tätigkeit zum Wohle des Volkes« definiert. Diese Tätigkeit beruhe auf Naturgesetz und Evangelium und sei deshalb »ihrem Wesen nach unabhängig von einer bestimmten Form der staatlichen Gewalt, kann sich unter jeder derselben entfalten.«¹⁵ Was hieraus als Richtschnur für die Arbeit der Christlichen Gewerkschaften folgte, hat Michael Schneider treffend beschrieben:

»Die Christlichen Gewerkschaften konnten sich – zusammen mit anderen christlich geprägten Organisationen – als Instrumente der Demokratisierung innerhalb des bestehenden und akzeptierten politischen Systems verstehen, erforderte dieser Anspruch doch keinerlei Konsequenzen in Richtung auf eine Politik zur Umgestaltung der Staatsform. Die Monarchie konnte als demokratisch verstanden werden, insofern und solange sie der 'christlichen Tätigkeit zum Wohle des Volkes' Raum gab. Eine Auseinandersetzung mit den Problemen von Macht und Herrschaft in Wirtschaft und Staat, von Interessendurchsetzung unter dem Mantel des 'Gemeinwohl'-Postulats oder auch nur Ansätze der Ideologiekritik konnte man vor diesem Hintergrund nicht erwarten.«¹⁶

Während das Essener Programm als Vermächtnis Stegerwalds reüssierte – er selbst starb 1945 – spielten der frühere Reichskanzler Joseph Wirth und die von ihm repräsentierte linksrepublikanische Zentrums-Tradition in der Nachkriegspolitik kaum eine Rolle mehr. Wirth, der heute fast vergessen ist, hat sich noch vom Schweizer Exil aus an den 1945 wie 1948 fehlgeschlagenen Versuchen, eine Art Labour-Party oder »Union der Mitte« zu gründen, beteiligt. Eine solche Formation hätte eine völlige Umstrukturierung des überkommenen Parteiensystems vorausgesetzt, um dann in einer primär von der sozialstrukturellen Situation her definierten Mitte des Parteienspektrums ein breites Bündnis der Arbeiterschaft mit dem demokratischen Bürgertum herzustellen. Das Labour-Konzept, für das 1945 auch Jakob Kaiser und Johannes Albers eingetreten waren, scheiterte freilich sowohl am Selbstbehauptungswillen der Arbeiterparteien als auch daran, daß die Mehrheit der Unionsgründer kein Mitte-Links-Bündnis wollten, sondern im Anschluß an Stegerwald die Öffnung nach rechts vorzog. Auch Heinrich Brüning, der sich selbst als Verfasser der Stegerwald-Rede bezeichnete, ließ im November 1945 aus seinem Vermonter Exil wissen, daß jetzt die Zeit für diese Sammlung reif sei. Man dürfe den neuen Mitgliedern der Partei nicht

vorwerfen, daß sie aus den früheren Rechtsparteien kämen. Nazis sollte man allerdings nicht aufnehmen.¹⁷

Den Frankfurter CDU-Gründern um Walter Dirks, ebenfalls Linksrepublikaner, war das Labour-Party-Konzept »zu brav«, zu stark auf Harmonie, auf den Ausgleich der Klassenkräfte bedacht. Sie wollten nicht die Reste der Weimarer Parteien jenseits der »Harzburger Front« sammeln, sondern etwas leisten, wozu die verkrusteten Parteien der Arbeiterbewegung nicht mehr imstande waren: die Spaltung der sozialistischen, kommunistischen und christlichen Arbeiterschaft aufzuheben und Kleinbürger wie Bauern für eine sozialistische Perspektive zu gewinnen. Walter Dirks' Ansatz, der auf »umwegige« Weise zum Sozialismus führen sollte, zielte mithin viel radikaler auf eine tiefgreifende gesellschaftliche Erneuerung und Umgestaltung ab als das Labour-Konzept. Das Parteienprojekt scheiterte kurz darauf am Organisationstraditionalismus der Arbeiterparteien – für Dirks ein erster Akt der Restauration. Enttäuscht von der Entwicklung der Union, die zwar als einzige Partei die historisch-politische Konstellation zur Neuformierung genutzt hatte, jedoch eine von bürgerlichen Honorationen bestimmte Partei blieb, die primär handfeste Mittelstands- und Wirtschaftsinteressen vertrat, zog sich die Frankfurter Gruppe um Dirks aus der hessischen CDU zurück.

Ein anderer Protagonist des Weimarer Linkszentrums, Carl Spiecker, schloß sich nach seiner Rückkehr aus dem kanadischen Exil im Spätsommer 1945 den Zentrumskräften an, die die Unionsgründung ablehnten, und versuchte – nach dem Scheitern des Labour-Ansatzes – von dort aus seine Idee einer politischen Mittepartei, die frei von konfessionellen Bindungen sein und sich auf die Grundsätze des Naturrechts beziehen müsse, durchzusetzen. Das wiedergegründete Zentrum sah in der Union eine Wiederholung der bereits nach dem Ersten Weltkrieg mißlungenen Öffnungsversuche des Zentrums und wegen der Verbindung mit den früheren Rechtskräften, den für die NS-Verbrechen mitverantwortlichen »Steigbügelhaltern« Hitlers, eine Neuaufgabe der »Harzburger Front«. Hier traf sich die Zentrumsführung übrigens mit Kurt Schumacher, der der CDU vorwarf, sie habe »ob mit oder ohne Wissen das Bett gemacht, in dem die Reaktionäre der 'Harzburger Front' bereits kräftig schnarchen«.¹⁸ Das Christentum im Namen der Union werde als Deckmantel für die antidemokratischen Kräfte mißbraucht, die die Weimarer Demokratie schon seit 1920 mit allen Mitteln bekämpft und schließlich zu Tode gehetzt hätten. »Nicht 'christliche Sammlung', sondern Säuberung des gesamten politischen Bereichs von allen Restbeständen totalitären Denkens und autokratischer Gesinnung« sei »das höchste Gebot der Stunde nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches«¹⁹, und damit waren nicht nur die protestantischen Nationalisten und Militaristen, sondern auch die rechten Zentrumskräfte um von Papen gemeint. Die Zentrumsführung konnte diese politische Argumentation jedoch wegen der inneren Zerrissenheit der Partei, die – von der Konkurrenz mit der CDU zermürbt und vom Klerus nur noch als Partei zweiter Wahl betrachtet – zusehends an den Rand des politischen Geschehens geriet, nicht durchhalten. Ein Grund dafür war, daß die Majorität ihrer überwiegend traditionalistischen Anhänger die Reichweite des sozialstrukturellen Umbruchs und die politisch-psy-

chologischen Auswirkungen des Nationalsozialismus sowie die Gunst der Stunde für eine Neuformierung im Grunde nicht begriffen hat. So konnten sie sich, auch weil sie an der Einheit des Reiches festhielten, nicht vorstellen, was es für die »Normalisierung« der bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland bedeutete, daß im Osten die soziale Basis der Junker verlorenging. Sie rechneten auch nicht damit, daß große Teile der bürgerlichen, kleinbürgerlichen und bäuerlichen Schichten, die in der Endphase der Weimarer Republik zu den Anhängern der Nationalsozialisten gehört hatten, sich unter der Ägide der westlichen Besatzungsmächte nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg wieder auf eine gemäßigt-konservative Position hin orientieren würden – schon deshalb, weil der extreme Nationalismus und Rassismus verpönt waren. Sie hätten auch Konsequenzen daraus ziehen müssen, daß die früheren christlichen Gewerkschaftler, die 1945 das »Essener Programm« Stegerwalds als Leitidee für eine neue bürgerlich-konservative Partei aufgriffen (allen voran Jakob Kaiser), ihre Einstellung zu Republik und Demokratie, Nation und Volk inzwischen erheblich verändert hatten. Christliche Arbeiterfunktionäre aus dem Westfälischen, etwa Heinrich Strunk oder Josef Kannengießer, betonten gerade, daß sie eine sozial fortschrittliche und in ihrer Struktur demokratische Partei gründen wollten. Im übrigen schuf die Einbindung der Richtungsgewerkschaften in die Einheitsgewerkschaft für die christlichen Arbeiter ein ganz neues Bezugssystem, das, wenn es um Arbeiterfragen ging, auch ihr Verhältnis zu den Sozialdemokraten entschärfte.

Die Zentrumsparität, die bei der ersten Bundestagswahl 1949 in Nordrhein-Westfalen immerhin noch ein Wählerpotential von knapp 9 % ausschöpfen konnte, wandte sich gegen jede gesellschaftliche Polarisierung (»hie Marx, hie Christus«) und lehnte deshalb auch die Konfrontation zwischen CDU und SPD ab, die sich im Klima des Kalten Krieges noch verschärfte. Sie identifizierte sich mit der Rolle des Zentrums als Mitschöpferin des Weimarer Staates und bot sich nun wieder – etwa bei der Regierungsbildung in Nordrhein-Westfalen und in der Auseinandersetzung um die Sozialisierung der Schlüsselindustrien – als Brücke zwischen beiden Lagern an; allerdings konnte sie keine zeitgemäße und politisch schlüssige Konzeption für ein Mitte-Links-Bündnis entwickeln. Ideologisch blieb sie in der Tradition der katholischen Soziallehre mit ihrem organisch-harmonistischen Gesellschaftsbild und ihrem verschwommenen Kulturideal. Zu ihrer Klientel gehörten klein- und mittelbäuerliche Schichten sowie Kleingewerbe, Kleinhandel und Freiberufler, katholische Akademiker, Arbeiter und Flüchtlinge, in deren Interesse sie auch die wirtschaftsliberalen Weichenstellungen des Bürgerblocks im Wirtschaftsrat und die unsozialen Auswirkungen von Währungsreform und »sozialer Marktwirtschaft« bekämpfte. Kulturpolitisch unterstützte sie die katholische Kirche in ihrem unermüdlichen Kampf für Elternrecht und Konfessionsschule – Forderungen, die freilich in der entstehenden pluralistischen Gesellschaft der Bundesrepublik nur partiell durchsetzbar waren. Die Spiecker-Gruppe, die schon seit längerem Kontakte mit Vertretern des linken CDU-Flügels um Karl Arnold gepflegt hatte, trat 1949 zur CDU über; vom Wählerpotential des Nachkriegszentrums dürfte allerdings längerfristig auch die SPD profitiert haben: Die alten Zentrumshochburgen der Weimarer Zeit im Ruhrgebiet wie Bottrop, Gladbeck, Essen

und Oberhausen fielen in den fünfziger Jahren an die SPD – ein Faktum, das auch im Zusammenhang der von Rohe beschriebenen »Sozialdemokratisierung des Reviers« zu sehen ist.²⁰

Die »Rhöndorfer« Union

Wie kein anderer hat der frühere Kölner Oberbürgermeister und Zentrumspolitiker Konrad Adenauer der entstehenden Union seinen Stempel aufgedrückt, und so konnte es aus späterer Sicht erscheinen, als hätte »am Anfang Adenauer« gestanden²¹. Doch Adenauer gehörte nicht zu den Gründern der rheinischen CDU. Er trat der CDU des Siegkreises erst im Juni 1946 bei, zu einem Zeitpunkt also, zu dem das wiedergegründete Zentrum längst abgeschlagen war und nachdem er sich in den ersten Kämpfen um die Parteiführung in eine gute Startposition gebracht hatte. Sein erster Anlauf, den Vorsitz des im Januar 1946 neu konstituierten Zonenausschusses der CDU in der britischen Zone zu übernehmen, war allerdings zunächst noch einmal gescheitert, weil Adenauer zu schnell vorgeprescht war und die Versammlung sich »überfahren« fühlte. Die westfälischen CDU-Initiatoren lehnten es ab, Adenauer zusammen mit zwei Stellvertretern, den ehemaligen Deutschnationalen Holzapfel und Schlange-Schöningen, in den Vorsitz zu wählen. Sie wollten nicht den Eindruck entstehen lassen, die CDU sei eine neue Rechtspartei und bestanden darauf, daß Arbeiter, Frauen und junge Leute zum Zuge kämen. Adenauer machte man den Vorwurf, daß er bei den Evangelischen als prononciert katholischer Rheinländer gelte und daß bei ihm separatistische Tendenzen vermutet würden. Es wurde auch bezweifelt, daß er sich »ohne Zögern und Zaudern« für die Einheit Deutschlands einsetzen werde²². Gleich zu Beginn der Sitzung hatte Adenauer es zum Eklat kommen lassen, als er es den Berliner Delegierten Hermes, Vockel und Katzenberger, die als Gäste angereist waren, verwehrte, an der Diskussion teilzunehmen und damit sowohl den Führungsanspruch der Berliner »Reichspartei« als auch die Ambitionen von Hermes zurückwies. Das taktische Gespür, mit dem Adenauer seinen kometenhaften Aufstieg in die Führungsspitze der Partei plante, ist jedoch noch heute frappierend; ohne eigentliche Hausmacht angetreten, erkannte der »rheinische Phönix« die strategische Bedeutung der beiden Gruppierungen, von deren Organisationsbereitschaft und Aktivismus das Unionsexperiment abhing – des Arbeiterflügels und der bürgerlichen Protestanten – und er verstand es, sie für seine Zwecke zu instrumentalisieren. Mit ihrer Unterstützung wurde er bis zum Ende des Jahres 1946 Vorsitzender des rheinischen Landesverbandes, erster Vorsitzender des Zonenausschusses, Delegierter im Hamburger Zonenbeirat und Fraktionsvorsitzender der CDU im Landtag von Nordrhein-Westfalen. 1946 warb er auch bei den süddeutschen Föderalisten Verbündete gegen seine Berliner Kontrahenten.

Adenauers Weg zur Macht ist von den Leichen seiner Rivalen gepflastert²³, und es ist reizvoll, sich vorzustellen, welchen Weg die Union wohl genommen hätte, wenn Unionspolitiker wie Andreas Hermes, Jakob Kaiser, Karl Arnold, Hermann Pünder, Hans Schlange-Schöningen oder Friedrich Holzapfel sich besser hätten gegen Ade-

nauer behaupten können. Der Kurs der Union hing freilich nicht nur von innerparteilichen Kräfteverhältnissen ab; er entschied sich in einer politischen Gesamtkonstellation, in der sich die »Teilung der Welt« in zwei rivalisierende Lager vollzog. Adenauer konnte seinen Führungsanspruch und seine Politik nur durchsetzen, weil die Sowjets auf der einen Seite den Handlungsspielraum der Ost-CDU rigoros beschnitten und damit Hermes wie Kaiser die Basis entzogen; auf der anderen Seite, im Westen, kam Adenauer zugute, daß sich seine eindeutig pro-westliche, nüchternpragmatische, liberal-konservative Politik fugenlos in das Deutschlandkonzept der US-amerikanischen Deutschlandpolitik einpassen ließ. In einer anderen weltpolitischen Situation und »ohne das politische Parteienschema von 1945« wäre Adenauer – so vermutete der von ihm schon in der Konkurrenz um den Vorsitz im rheinischen Landesvorstand ausgebootete Leo Schwing rüchblickend – »bestenfalls Außenminister in einem Kabinett Schumacher« geworden. Zu dieser Gesamtkonstellation, die die Union im Westen begünstigte, gehörte auch, daß die Hochburgen der Sozialdemokratie in Thüringen, Sachsen, Brandenburg sowie im sowjetischen Sektor Berlins lagen. Erst vor dem Hintergrund der Spaltung erklärt sich, daß Adenauer für seine Politik eine parlamentarische Mehrheit erhielt.

Kaiser, dessen Brückenschlag-Politik im Klima des Kalten Krieges scheiterte, übernahm, nachdem er den Kampf um die innerparteiliche Führung verloren hatte und in den Westen übersiedeln mußte, den Vorsitz der Sozialausschüsse. Als Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen von Adenauer in die Regierung eingebunden, beteiligte er sich in den fünfziger Jahren nur noch an entschärften Versuchen, die Einheit der Nation zu postulieren. So bereitete er im Frühjahr 1954 die »Gesamtdeutsche Aktion, Bund für die Wiedervereinigung« vor, die bei ihrer Konstituierung am 14. Juni 1954 als »Volksbewegung für die Wiedervereinigung« auftrat und aus der später das überparteiliche »Kuratorium Unteilbares Deutschland« hervorging²⁴. Hermes' zunächst angelegter Versuch, mit der 1949/50 gegründeten »Gesellschaft für die Wiedervereinigung Deutschlands« jenseits der Parteien eine Volksbewegung für die nationale Einheit und damit bessere Voraussetzungen für eine Verhandlungslösung zu schaffen, ist als eine Vorform der Mobilisierung gegen Adenauers intransigente Westpolitik anzusehen, die erst im Laufe der fünfziger Jahre im Zuge einer forcierten Westintegrationspolitik (Wiederaufrüstung, EVG-Verträge, NATO-Beitritt, Atombewaffnung) akut wurde. Daran zeigt sich, daß Adenauers Politik auch innerhalb der Union heftige Diskussionen auslöste, letztendlich entfalteten sie aber keine Sprengkraft²⁵.

Von Ahlen nach Düsseldorf: Christlicher Sozialismus oder Soziale Marktwirtschaft

Im Streit um die Modalitäten einer Neuordnung der Wirtschaft wäre die Union in den ersten Nachkriegsjahren indessen fast auseinandergebrochen. Die Forderungen nach der Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum, nach weitergehenden Mitbestimmungsrechten der Arbeitnehmer sowie nach einer gerechteren Verteilung

des Bodens hatten in fast allen CDU-Gründungsinitiativen, gerade auch in der britischen Zone, eine wichtige Rolle gespielt. Doch stellte sich bald heraus, daß die Vorstellungen des von christlich-gewerkschaftlichen Traditionen geprägten, sozial progressiven Flügels mit dem eindeutig privatwirtschaftlichen Modell der liberal-konservativen Richtung um Adenauer nicht vereinbar waren. Adenauer lehnte nicht nur den »christlichen Sozialismus« ab, weil dieser Begriff den Sozialismus entdämonisierte und damit seiner antikommunistischen Mobilisierungsstrategie zuwiderlief. Als entschiedener Anhänger einer »personalen« Freiheit, die durch Bürokratie und Zentralismus bedroht sei, wehrte er sich auch gegen den Inhalt der Sozialisierungsforderungen; die Konzentration wirtschaftlicher Macht in der Hand des Staates verleite, das habe der »getarnte Staatssozialismus« der vergangenen 12 Jahre gezeigt, zu Mißbrauch und führe erneut zum Totalitarismus.

Der innerparteiliche Konflikt spitzte sich rasch zu und erreichte seinen Höhepunkt nach Adenauers Darstellung bereits Ende Februar 1946 auf der Tagung des Zonenausschusses in Neheim-Hüsten, wo das erste Programm der CDU in der britischen Zone verabschiedet werden sollte: Hier habe man, so Adenauer, die Kräfte überwunden, »die eine zu starke Sozialisierung befürworteten« und »dadurch ein Auseinanderfallen der Partei« verhindert²⁶. Daß in den nächtelangen Diskussionen ein Kompromiß – nämlich die Vertagung der Sozialisierungsfrage als »zur Zeit nicht praktisch« – zustandekam, verdanke man vor allem den Bemühungen des früheren christlichen Gewerkschaftlers Johannes Albers. Der innerparteiliche Zwist war damit freilich keineswegs beendet. Jakob Kaiser, inzwischen Vorsitzender der CDU in der sowjetischen Zone (und damit in einer vergleichbaren Führungsposition wie Adenauer) erzielte mit seinem Konzept des »christlichen Sozialismus« 1946 nicht nur in der SBZ, sondern zur Verärgerung des CDU-Wirtschaftsflügels auch im Westen große Aufmerksamkeit. Adenauer setzte daraufhin durch, daß der Begriff des christlichen Sozialismus bis zu den Kommunalwahlen in der britischen Zone im Herbst 1946 vorerst aus dem politischen Vokabular der Union genommen wurde.

Das Konzept des christlichen Sozialismus sollte, so führte Kaiser in seiner programmatischen Rede auf der Vorstandssitzung der Ost-CDU am 13. Februar 1946 aus, den entschlossenen Willen zum Aufbau einer neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zum Ausdruck bringen, in der die Existenz der werktätigen Menschen gesichert sei. Doch sei der »wahrhafte«, christliche Sozialismus vor allem auch eine geistige Grundhaltung. Oberstes Gesetz und Trennungsstrich zu den Marxisten sei die freie, sich ihrer (gottgeprägten) Würde bewußte Persönlichkeit, »die sich in freier sittlicher Entscheidung dem größeren Ganzen ein- und unterordnet«²⁷. Der christliche Sozialismus orientierte sich demnach auch am Gemeinwohl und grenzte sich von denen ab, die der materialistischen Weltanschauung anhängen, Klasseninteressen vertreten oder die Diktatur des Proletariats anstreben. Die Arbeiterbewegung sei nach 1945 nicht mehr Organ des Klassenkampfes, sondern »ein Organ positiver Aufbauarbeit im Volksganzen«, das mit den anderen Ständen und Berufen kooperieren wollte. Kaiser und seine Freunde im Westen glaubten daran, daß eine Demokratisierung der Wirtschaft, eine Kontrolle wirtschaftlicher Macht möglich sei, ohne das Privatei-

gentum prinzipiell in Frage zu stellen. Jedoch forderten sie »Gemeinschaftseigentum an Bodenschätzen, scharfe Bindung allen Grundeigentums und schärfste Kontrolle des Großeigentums, soweit es noch in privaten Händen ist«. Betriebsverflechtungen und Kartelle könnten volkswirtschaftlich sinnvoll sein, sie dürften aber nicht nur profitorientierten, kapitalistischen Interessen folgen, sondern sollten durch neue demokratische Planungs- und Lenkungsorgane ersetzt werden. Das von der Berliner CDU entwickelte Sozialismuskonzept griff letztlich auf das organisch-harmonistische Gesellschaftsideal des christlichen Solidarismus der Pesch-Schule zurück und wurde von Kaiser nun versuchsweise in eine historisch-analytisch argumentierende, politische Strategie eingebaut²⁸. Um es praktisch-politisch umzusetzen, beschrieb Kaiser zwei Wege: Er maß zum einen den Betriebsräten als den bewährten Organen betrieblicher Demokratie sowie den gesamtwirtschaftliche Aufgaben erfüllenden und über die parteipolitischen Grenzen hinweg in allen vier Besatzungszonen arbeitenden Gewerkschaften eine wichtige Rolle bei; zum anderen sollte auch die CDU als Volkspartei, als »Partei der Synthese«, die die soziale Integration und die Einheit der Nation miteinander verknüpfte, dazu beitragen, eine von christlich-sozialistischem Geist geprägte Gemeinschaft von Bürgern, Bauern, Handwerkern und Arbeitern zu schaffen. Das bürgerliche Zeitalter, die kapitalistische Wirtschaftsordnung gehe zu Ende. Hitler, von dem Bürgertum, Industrie- und Finanzkreise sich 1933 die Rettung der bürgerlichen Gesellschaft erhofft hätten, habe den letzten Besitz des deutschen Volkes verspielt. (Nicht nur Kaiser, auch Kurt Schumacher schätzte die Auswirkungen der Kriegszerstörungen für das Bürgertum falsch ein.) Jetzt habe der Sozialismus das Wort, und so dürfe auch die Union sich nicht der Restauration der bürgerlichen Gesellschaft verschreiben.

Das »Ahlener Programm« der CDU in der britischen Zone vom 3. Februar 1947 wird häufig als ein Ausdruck der Stärke des christlichen Arbeiterflügels in der frühen CDU angesehen, dem es damals noch gelungen sei, die britische Zonenpartei auf antikapitalistische Positionen festzulegen. Neuere Untersuchungen²⁹ zeigen freilich, daß das Ahlener Programm Ergebnis eines Kompromisses ist, an dessen Formulierung Adenauer selbst wesentlich mitbeteiligt war und bei dem sich die Anhänger des christlichen Sozialismus und ihre bürgerlich-pragmatischen, innerparteilichen Gegner ein letztes Mal die Waage hielten. Der Kompromißcharakter des Programms schlägt sich auch in der Struktur des Textes nieder: Nach der kapitalismuskritischen Präambel übernimmt das eigentliche Wirtschaftsprogramm die wichtigsten Punkte aus dem von Adenauer im Alleingang verfaßten Neheim-Hüstener Programm. Es fordert sowohl die Vergesellschaftung des Bergbaus und der eisenschaffenden Industrie als auch einen ausreichenden Spielraum für die »dringend notwendige Unternehmerinitiative«. Planung und Lenkung seien, so heißt es, auf längere Sicht zwar notwendig, sie dürften jedoch kein Selbstzweck sein. Den Arbeitern werden Mitbestimmungsrechte im Betrieb zugestanden, ihre institutionelle Absicherung ist aber nicht ausreichend konkretisiert. So bot die Widersprüchlichkeit und Doppeldeutigkeit des Programms sowohl den christlichen Sozialisten als auch ihren innerparteilichen Gegnern »bei nur geringer Dehnung der Begriffe... bis an Beliebigkeit grenzende Interpretationsmöglich-

keiten«³⁰. Während sich der linke Flügel auf das Ahlener Programm stützte, um gesellschaftspolitische Reformen einzufordern, benützte der bürgerlich-konservative Flügel den »Konsens von Ahlen« als Waffe gegen die CDU-Linke.

Mit einem auf den Wortlaut des Ahlener Programms gestützten Antragspaket lehnte die CDU-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag im März 1947 die weitergehenden Forderungen der Linksparteien nach Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum ab. Zwischen den Parteien gab es grundlegende Differenzen über den Zeitpunkt und die Form der Vergesellschaftung, die Entschädigungsfrage sowie über den zulässigen Anteil privaten Kapitals an den vergesellschafteten Unternehmen. Das Ahlener Programm diente den bürgerlichen Kräften in der CDU der britischen Zone auch weiterhin als Zwischenstation, von der aus die Sozialisierung des Ruhrbergbaus verschleppt und schließlich verhindert wurde. Für die Außerstellung der CDU erfüllte das Programm gerade vor der ersten Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen im April 1947 eine wichtige Funktion: Angesichts der Sozialisierungs- und Entflechtungspläne der britischen Besatzungsmacht sah sich die Parteiführung veranlaßt, darauf mit einer eigenen Position zu reagieren. Außerdem konnte sich die CDU trotz weiter schwelender innerparteilicher Differenzen im Wahlkampf als eine sozial progressive und in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen geschlossene Partei darstellen. Dies war um so notwendiger, als die chronischen Versorgungsschwierigkeiten im Industriegebiet damals ihren Höhepunkt erreicht hatten und Tausende von Bergarbeitern in spontanen Proteststreiks und Hunderdemonstrationen mit Sozialisierungsforderungen auf die Straße gingen.

Der relativen Stärke des christlich-sozialen Flügels entsprachen also auf der anderen Seite die vorübergehende Konzessionsbereitschaft und ein zeitbedingter Opportunismus der bürgerlichen Kräfte. Die christlichen Sozialisten verloren allerdings schon seit 1946 zusehends an Boden. Franz Focke führt dies auf einen allmählichen atmosphärischen Wandel in der CDU der britischen Zone zurück, der die Entwicklung der Union zu einer interkonfessionellen, bürgerlich-antimarxistischen Sammlungspartei begleitete. Auch wenn das katholische Bürgertum und die konservativen bis neoliberalen Wuppertaler Protestanten in der rheinischen CDU, was ihre Mentalität und ihr religiös fundiertes Weltbild anging, noch Welten trennten, so waren sie sich doch in ihren Präferenzen für eine privatkapitalistische Wirtschaftsverfassung und ihrem vehementen Antisozialismus einig. Sie fanden daher auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet rasch zu einer gemeinsamen Linie, schotteten sich gegen alle christlich-sozialistischen Tendenzen ab und provozierten damit faktisch eine Teilung der Partei in Ost und West, was den linken Flügel erheblich schwächte. Eine weitere Erklärung für die allmählich schwindende Faszination christlich-sozialistischer Gesellschaftsentwürfe ist allerdings auch darin zu sehen, daß der sich in der SBZ abzeichnende Transformationsprozeß und der reale Stalinismus nicht nur die bürgerlichen Kräfte, sondern auch größere Teile der Arbeiterbewegung abschreckte. Die Sozialismus-Vorstellungen der christliche Sozialisten waren übrigens – und hier gibt es eine Parallele zu 1918 – sehr stark an das *tabula-rasa-Syndrom* des »Stunde Null« Erlebnisses bzw. den vermeintlichen Zusammenbruch der bürgerlichen Ordnung am Ende

des Kriegs geknüpft. Je mehr sich die bürgerlichen Interessengeflechte und Machtstrukturen reaktivierten, desto mehr verlor sich das antikapitalistische Pathos, und der christliche Sozialismus reduzierte sich auf seinen Kernbestand: eine entschieden sozial ausgerichtete Gesellschaftsauffassung, die die kapitalistischen Auswüchse beseitigen und die Lebensverhältnisse breiter Arbeiterschichten verbessern wollte, die von Anfang an aber auch »gesunde« mittelständische Interessen berücksichtigte³¹. Im Konzept Kaisers und der Sozialausschüsse blieben die Forderungen nach Mitbestimmung, einer Vergesellschaftung bestimmter Produktionszweige, sofern es das Gemeinwohl erforderte, sowie der Wirtschaftslenkung durch Selbstverwaltungsorgane und vorausschauende staatliche Rahmenplanung übrig.

Der Arbeiterflügel in der CDU war nicht nur zahlenmäßig schwach, sondern auch keineswegs geschlossen. Der christliche Sozialismus wurde vor allem von ehemaligen christlichen Gewerkschaftlern (Arnold, Albers, Kaiser, Rott, Strunk) vertreten, während sich die Führungsgruppe der katholischen Arbeiterbewegung Westdeutschlands (KAB), insbesondere ihr Verbandsvorsitzender Josef Gockelu, deutlich davon distanzierte. Die KAB-Führung lehnte auch die Bildung der Sozialausschüsse (1946/47) ab, weil sie es als ihre ureigene Aufgabe betrachtete, die christlichen Arbeiter in der Einheitsgewerkschaft zu betreuen. Und die wenigen evangelischen Arbeiter aus dem Wuppertaler Kreis waren eher als konservativ bis reaktionär einzuordnen³². Adenauer verstand es, die noch aus Weimarer Rivalitäten herrührenden Animositäten aufzufrischen und die KAB und die Sozialausschüsse gegeneinander auszuspielen. Den Vertretern der Sozialausschüsse wurde vorgeworfen, einseitig Arbeitnehmerinteressen zu vertreten und darüber das ganze Gefüge einer auch aus anderen Berufsgruppen zusammengesetzten Volkspartei aus dem Blick zu verlieren. Außerdem seien ihre Protagonisten gegenüber den Sozialdemokraten zu nachgiebig.

Die Sozialausschüsse verstanden sich hingegen als »das soziale Gewissen der Union«; sie wollten verhindern, daß in den Führungsgremien der Partei erneut die alten bürgerlichen Auffassungen durchbrachen, während breite Arbeiterschichten die Wählermassen stellten. Ihre Organisation war in der Union von Anfang an umstritten; Adenauer hatte sie vergeblich zu torpedieren versucht. Das Ziel, gemeinwirtschaftliche Organisationsstrukturen zu institutionalisieren und das »machtverteilende Prinzip« zu sichern, rückte unterdessen immer weiter in die Ferne. Adenauers Führungsposition war bereits 1948 so gefestigt, daß er seinen wirtschafts- und sozialpolitischen Kurs zusammen mit dem ordo-liberalen, damals noch parteilosen Ludwig Erhard »gegen die Sozialisten innerhalb und außerhalb seiner Partei« durchsetzen konnte³³. Parallel zu den Vorbereitungen zur Währungsreform, die von den Westalliierten geplant wurde, organisierte Erhard, damals Direktor der Abteilung Wirtschaft im Frankfurter Wirtschaftsrat, eine Wirtschaftsreform, die die zentral gelenkte Verwaltungswirtschaft der ersten Nachkriegsphase beendete und zur Marktwirtschaft überleitete. Schweren Herzens stimmten auch die Abgeordneten, die den Sozialausschüssen nahestanden, dem »Leitsatzgesetz« vom 17./18. Juni 1948, das die meisten Bewirtschaftungsgrundsätze und Preisbindungen aufhob, zu. Gewerkschaftsvertreter wie Theo Blank und Hugo Kopf hatten sich für den Kurswechsel

eingesetzt, weil er der allgemeinen Notlage entgegensteuere und daher im Interesse der Arbeiter liege.

Seit Mai 1948 betrieb Adenauer die Revision des Ahlener Programms. Die Grundsätze der Erhardschen Wirtschaftspolitik im Frankfurter Wirtschaftsrat sollten leicht faßlich so zusammengestellt werden, daß daraus ein zugkräftiges und scharf gegen die Sozialdemokraten abgesetztes Wahlprogramm verfaßt wurde³⁴. Auf der Sitzung des Zonenausschusses am 24./25. Februar 1949 in Königswinter, auf der Erhard sein Konzept der sozialen Marktwirtschaft und dessen Stellenwert für den bevorstehenden Bundestagswahlkampf erläuterte, wurde ein Programmausschuß gebildet, der die neuen wirtschaftspolitischen Leitsätze formulieren sollte. Ihm gehörte, als Vertreter der christlichen Arbeiter, auch Johannes Albers an. Doch fand seine Gruppe im Zonenausschuß kaum noch Gehör. Vergeblich trat Jakob Kaiser dafür ein, daß die gesamtdeutsche Perspektive nicht abgeschnitten werden dürfe und daß der Programmausschuß auch sachkundige Vertreter aus anderen Zonenparteien bzw. aus Berlin heranziehen solle. Albers, der befürchtete, daß das »Grundgefüge« des Ahlener Programms aufgehoben werde und der daher wie Kaiser für ein wirtschafts- und sozialpolitisches Gesamtprogramm plädierte, wurde von Adenauer beschieden, hier gehe es nicht um eine Grundsatzdiskussion über das Ahlener Programm, sondern um die einfache Alternative Planwirtschaft oder Marktwirtschaft³⁵.

Obwohl sich das Konzept der sozialen Marktwirtschaft – niedergelegt in den »Düsseldorfer Leitsätzen« der CDU vom 15. Juli 1949 – entschieden von jeder Form der Planwirtschaft abgrenzte und einen Bruch mit dem noch in Ahlen vertretenen Modell einer gemeinwirtschaftlichen Ordnung bedeutete, fanden sich die christlichen Arbeitervertreter damit ab, darin eine Ergänzung und Fortentwicklung der eigentumsrechtlichen und gesellschaftspolitischen Grundsätze des Ahlener Programms nach der marktwirtschaftlichen Seite hin zu sehen³⁶. Die Protagonisten des christlichen Sozialismus paßten sich also den Liberal-Konservativen um den Preis der Teilhabe am wirtschaftlichen Erfolg der sozialen Marktwirtschaft an und beschränkten sich in der Folge nurmehr darauf, möglichst weitgehende sozialpolitische Zugeständnisse für ihre Klientel zu erreichen. Der Arbeiterflügel bestimmte die Politik der Union schon bald nicht mehr, sondern bildete in der Partei faktisch wieder eine Interessengruppe neben anderen. Eine weitere Niederlage erlitten die christlichen Gewerkschaftler nach der ersten Bundestagswahl, als Adenauer mit seiner Entscheidung für eine »kleine Koalition« aus CDU/CSU, FDP und DP die Bürgerblock-Politik des Frankfurter Wirtschaftsrats fortsetzte und gegen ihren Willen die große Koalition mit der SPD verwarf.

Die Geschichte der Union in den Aufbaujahren, die politische Versöhnung der Konfessionen, die Verbindungslinien der Unionsgründer zu konservativen Widerstandskreisen und das Erbe der christlichen Arbeiterbewegung gehören zu den Traditionsbeständen, die von Unionspolitikern immer wieder beschworen werden. Gerade die »Modernisierer« in der Partei (Heiner Geißler, Wulf Schönbohm, Ulf Fink u.a.), Christlich-Soziale wie Norbert Blüm, auch die Junge Union berufen sich gegenwärtig verstärkt auf die christlich-sozialen Ursprünge. Denn sie eignen sich nicht nur als

Integrations-, sondern auch als Abgrenzungsstrategie – auch und gerade gegenüber denjenigen, die auf die Entstehung einer Zwei-Drittel-Gesellschaft oder auf die ökologischen Folgen einer technokratischen Modernisierung hinweisen und dabei, wie die neuen sozialen Bewegungen bzw. die Grünen bei der jungen Generation beträchtliche Resonanz finden. Wieder »glaubwürdig« zu sein, die eigene »Handschrift« sichtbar zu machen, das ist aber auch mit Blick auf die eigene Anhängerschaft, die sich – angesichts des Parteienfinanzierungsskandals, der Barschel-Affaire und der Hinnahme der Dauerarbeitslosigkeit – über Konzeptionslosigkeit und Führungsschwäche, Interessenpolitik und technokratischen Pragmatismus bei ihren Parteioberen beklagt, nötig. Das Historiengemälde vom harmonischen Bündnis zwischen christlichen Gewerkschaftlern, Männern des Widerstandes, Ordo-Liberalen und pragmatischen Kommunalpolitikern, das der Union ihre historische Identität verleiht, entspricht freilich einer selektiven Wahrnehmung und begründet nachträglich die Parteigeschichte; denn es läßt die Brüche, die innerparteilichen Fronten und Ausgrenzungen, das Abreißen der Widerstandstradition und den realen Einflußverlust des christlich-sozialen Flügels in der Union vergessen. Längst hat sich in den Führungsetagen der Union eine Denkrichtung durchgesetzt, die letztendlich nur eine privatkapitalistische Rationalität gelten läßt und auf Machterhalt fixiert ist. Gleichwohl ist der Einflußverlust der Sozialausschüsse nicht allein auf den Machiavellismus der Führungsgruppe um Adenauer zurückzuführen, sondern auch darauf, daß es ihnen nicht gelungen ist, ihr Konzept von einem dritten Weg zwischen Kapitalismus und Stalinismus durchzuhalten. Dies war freilich nicht nur das Dilemma der christlichen Gewerkschaftler. Daß die Sozialausschüßler trotz all der Verletzungen und Niederlagen mehrheitlich auch heute noch im Lager der Union stehen, erklärt sich durch ihre Treue zum Milieu und durch den Antikommunismus im Kalten Krieg; ob dieser Kitt die katholischen Arbeiter auch zukünftig zusammenhalten wird, hängt nicht zuletzt davon ab, wie die Linke auf die Herausforderungen durch die dritte industrielle Revolution reagieren wird.

Anmerkungen

- 1 Rede des CDU-Generalsekretärs Dr. Heiner Geißler auf dem 36. Bundesparteitag der CDU am 14. Juni 1988, Man. S. 5 f.
- 2 Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Irsee, Juni 1986, S. 14.
- 3 Günter Rohrmoser, Durststrecke oder Endstation. Die CDU in der tiefsten Krise ihrer Geschichte, in: Criticón 108, Juli/August 1988, S. 165 ff.
- 4 Vgl. z.B. Peter Grafe, Schwarze Visionen. Die Modernisierung der CDU, Reinbek 1986; Claus Leggewie, Der Geist steht rechts. Ausflüge in die Denkfabriken der Wende, Berlin 1987 sowie andererseits Winfried Becker, CDU und CSU 1945-1950. Vorläufer, Gründung und regionale Entwicklung bis zum Entstehen der CDU-Bundespartei, Mainz 1987.
- 5 Peter Glotz, Die Arbeit der Zuspitzung, Berlin 1984, S. 18 ff.
- 6 Vgl. Geoffrey Pridham, Christian Democracy in Western Germany, London 1977, S. 23, Anm. 4 sowie Dorothee Buchhaas, Die Volkspartei. Programmatische Entwicklung der CDU 1950-1973, Düsseldorf 1981, S. 118 f.

- 7 Vgl. Werner K. Blessing, »Deutschland in Not, wir im Glauben...« Kirche und Kirchenvolk in einer katholischen Region 1933-1949, in: Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, hrsg. v. Martin Broszat u.a., München 1988, S. 3-112.
- 8 Vgl. Konrad Adenauer an William F. Söllmann, 16. März 1946, in: Adenauer, Briefe 1945-1947, Berlin 1983, S. 191.
- 9 Adenauer an den Münchner Oberbürgermeister Dr. Karl Scharnagel, 21. August 1945, ebd., S. 78.
- 10 Adenauer an Pater Dr. Hubert Becher, 8. Juni 1945, ebd., S. 261.
- 11 Zur Parteireform des Zentrums und den Neuansätzen nach 1945 vgl. Ute Schmidt, Zentrum oder CDU. Politischer Katholizismus zwischen Tradition und Anpassung, Opladen 1987, hier insbes. S. 85 ff. – »Zum Essener Programm« s. auch Larry Eugen Jones, Adam Stegerwald und die Krise des deutschen Parteiensystems. Ein Beitrag zur Deutung des »Essener Programms« vom November 1920, in: VjhtZ (1979), S. 1-29.
- 12 Zit. nach Emil Ritter, die Katholisch-Soziale Bewegung in Deutschland im 19. Jahrhundert und der Volksverein, Köln 1954, S. 383 f.
- 13 Vgl. Rudolf Morsey, Die Deutsche Zentrumspartei 1917-1923, Düsseldorf 1966, S. 369. Jones (Anm. 11), S. 27.
- 14 Vgl. Michael Schneider, Die Christlichen Gewerkschaften 1894-1933, Bonn 1982, S. 520.
- 15 »Graves de communi«, zit. nach M. Schneider (Anm. 14), S. 268 f.
- 16 M. Schneider (Anm. 14), S. 269.
- 17 Heinrich Brüning an Johannes Maier-Hultschin, 14. November 1945, in: Heinrich Brüning, Briefe 1946-1960, Stuttgart 1964, S. 18 f.
- 18 Zit. nach Neue Westfälische Zeitung v. 12. Februar 1946.
- 19 Zit. nach U. Schmidt (Anm. 11), S. 187.
- 20 Vgl. Karl Rohe, Vom sozialdemokratischen Armenhaus zur Wagenburg der SPD, Politischer Strukturwandel in einer Industrieregion nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Geschichte und Gesellschaft (1987), S. 508-543.
- 21 So der Titel des Buches von Franz Alt, Es begann mit Adenauer. Der Weg zur Kanzlerdemokratie, Freiburg 1975.
- 22 Gisela Schwarze, Eine Region im demokratischen Aufbau. Der Regierungsbezirk Münster 1945/46, Düsseldorf 1984, S. 309, Anm. 242; Franz Focke, Sozialismus aus christlicher Verantwortung. Die Idee eines christlichen Sozialismus in der katholisch-sozialen Bewegung und in der CDU, Wuppertal 1978, S. 238.
- 23 Vgl. Daniel Koerfer, Kampf ums Kanzleramt, Erhard und Adenauer, Stuttgart 1987, S. 71.
- 24 Vgl. Anna Hermies, Und setzt ihr nicht das Leben ein. Andreas Hermes – Leben und Wirken, Stuttgart 1971, S. 265.
- 25 Vgl. hierzu Peter Egen, Die Entstehung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (Phil. Diss. Bochum 1971), S. 66 ff.
- 26 Konrad Adenauer, Erinnerungen 1945-1953, Stuttgart 1965, S. 61.
- 27 Jakob Kaiser, Gewerkschaftler und Patriot, hrsg. v. Tilman Mayer, Köln 1988, S. 220 ff.
- 28 Vgl. F. Focke (Anm. 22), S. 229 f. Den christlichen Sozialismus bzw. Solidarismus, den Heinrich Pesch nach 1918 vertrat, bezeichnet Focke als »Neuetikettierung« der katholischen Soziallehre. Seine wichtigsten Merkmale waren der Antimarkxismus und die berufsständische Ordnungsidee.
- 29 Vgl. F. Focke (Anm. 22); Peter Hüttenberger, Nordrhein-Westfalen und die Entstehung seiner parlamentarischen Demokratie, Siegburg 1973, S. 73; Rudolf Uertz, Christentum und Sozialismus in der frühen CDU. Grundlagen und Wirkungen der christlich-sozialen Ideen in der Union 1945-1949, Stuttgart 1981, S. 97 ff.
- 30 F. Focke (Anm. 22), S. 258.
- 31 Vgl. G. Schwarze (Anm. 22), S. 81 f.
- 32 Vgl. F. Focke (Anm. 22), S. 218.
- 33 Vgl. D. Koerfer (Anm. 23), S. 45.
- 34 Vgl. Konrad Adenauer und die CDU der britischen Besatzungszone 1946-1949, bearb. v. Helmuth Pütz, Bonn 1975, S. 854 ff.
- 35 Vgl. ebd.
- 36 Vgl. ebd., S. 867, 871.

Jan Spurk Von der Volksgemeinschaft zur Re-Vergemeinschaftung in der Krise des Fordismus – Überlegungen zum Verhältnis von Gemeinschaft und Gesellschaft in der deutschen Geschichte –

Zusammenfassung: Die »Volksgemeinschaft« des Dritten Reiches hat sich in die Gründungsphase der BRD hinübergerettet und bildete die Grundlage für die Wiederaufbauphase. Der westdeutsche Fordismus untergrub und zerstörte die tradierten Formen von Gemeinschaft. Mit der Erosion der Säulen des sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates zeichnet sich jedoch eine »Re-Vergemeinschaftung« ab, der sich, wenn auch mit unterschiedlichen Intentionen, sowohl Teile der sozialen Bewegungen, als auch konservative Subsidiaritätsapologeten und moderne Managementstrategen verschrieben haben. Diese heterogene Allianz unterminiert aufklärerische Kritik und trägt das neue Modernisierungsprojekt des Kapitalismus: Modernisierung des Kapitalismus durch »Re-Vergemeinschaftung«.

Gemeinschaft und Gesellschaft in der bürgerlichen Epoche

Das Verhältnis von Gemeinschaft und Gesellschaft ist sicherlich eines der klassischen Themen der Soziologie. Nicht nur daß das Begriffspaar den Ausgangspunkt der Grundlegung der Soziologie in Deutschland bei Ferdinand Tönnis (1887/1963) darstellt, es wurde auch von Emile Durkheim (1930/1986) rezipiert und in seiner basalen Dichotomie von organischer und mechanischer Solidarität wieder aufgegriffen. Ebenso gehen die zentralen Kategorien der Parson'schen Soziologie auf diese Unterscheidung von Gemeinschaft und Gesellschaft zurück. »Die klassischen Denker der Soziologie versuchen fast ohne Ausnahme ihre Handlungstheorien so anzulegen, daß deren Kategorien die wichtigsten Aspekte des Übergangs von 'Gemeinschaft' zu 'Gesellschaft' treffen« (Habermas 1981.1, S. 22).

Doch nicht nur die 'klassischen Denker' beschäftigen sich mit diesem Thema. Die Auseinandersetzungen darüber sind seit einem Jahrhundert nicht abgerissen, auch wenn im strengen Sinn nicht von einer kontinuierlichen, wissenschaftlichen Debatte die Rede sein kann. Aber allein die Tatsache, daß das Thema seit 100 Jahren in der Soziologie immer wieder verhandelt wird, weist darauf hin, daß wir es bei dem Verhältnis von Gemeinschaft und Gesellschaft mit einem Grundphänomen der Gesellschaft zu tun haben, wenn auch sowohl die praktische als auch die theoretische Relevanz des Themas starken Schwankungen unterlag. Es taucht sowohl in der sozialwissenschaftlichen Theorie als auch in den sozialen Bewegungen zumeist dann auf, wenn große